

## Vortrag an den Ministerrat

### **Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen; 19. Treffen der Vertragsstaaten, 9.-11. Juni 2026; österreichische Delegation**

Voraussichtlich von 9. bis 11. Juni 2026 findet am Amtssitz der Vereinten Nationen in New York das 19. Treffen der Vertragsstaaten des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (CRPD), BGBl. III Nr. 155/2008, statt. Artikel 40 des Übereinkommens sieht regelmäßige Vertragsstaatentreffen zur Überprüfung des Übereinkommens vor. Österreich hat das Übereinkommen 2008 ratifiziert.

Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums widmet sich das diesjährige Treffen der Vertragsstaaten dem Thema „CRPD at 20: Celebrating and consolidating achievements and shaping the next phase of implementation in a changing world“, wobei insbesondere die Stärkung des Schutzes vor Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch, die Förderung der Autonomie, Selbstbestimmung und des unabhängigen Lebens sowie die Gewährleistung einer umfassenden Teilhabe und Repräsentation in Führungsrollen von Menschen mit Behinderungen behandelt werden sollen.

Es ist beabsichtigt, zum 19. Treffen der Vertragsstaaten des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen folgende österreichische Delegation zu entsenden:

Botschafter Mag. Gregor Kössler  
Delegationsleiter

Ständiger Vertreter Österreichs bei den  
Vereinten Nationen in New York

Ministerialrat Mag. Andreas Reinalter  
Stv. Delegationsleiter

Bundesministerium für Arbeit, Soziales,  
Gesundheit, Pflege und  
Konsumentenschutz

Kommissärin Laura Mendoza Velandia, BA M.A.I.S.	Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
Gesandter MMag. Stefan Pretterhofer	Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York
Erster Botschaftssekretär Oliver Grünbacher, BSc, M.A.I.S.	Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York
Attachée Mag. Maria-Angela Brunner	Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York

Der Delegation werden, wenn nötig, weitere erforderliche Beraterinnen und Berater aus den zuständigen Fachressorts beigezogen.

Die mit der Entsendung dieser Delegation verbundenen Kosten finden ihre Bedeckung in den Budgets der jeweils entsendenden Ressorts. Es wird voraussichtlich keine Beschlüsse mit finanziellen Auswirkungen geben. Sofern dennoch solche gefasst werden, werden sie aus den dem zuständigen Ressort zur Verfügung gestellten Mitteln bedeckt.

Im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz stelle ich daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, die Mitglieder der österreichischen Delegation in der oben angeführten Zusammensetzung zur Teilnahme an den Beratungen und Beschlussfassungen des 19. Treffens der Vertragsstaaten des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu bevollmächtigen.

8. Mai 2026

Mag.<sup>a</sup> Beate Meisl-Reisinger, MES  
Bundesministerin